

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2005-2006

Nr. 5

Ausführlicher Bericht

8. Dezember 2005

**DEKRETENTWURF ZUR FESTLEGUNG DES EINNAHMENHAUSHALTSPLANES DER
DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2006 -
DOKUMENT 4-061 (2005-2006) NR. 2**

UND

**DEKRETENTWURF ZUR FESTLEGUNG DES ALLGEMEINEN
AUSGABENHAUSHALTSPLANES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR
DAS HAUSHALTSJAHR 2006 - DOKUMENT 4-161 (2005-2006) NR. 2**

ALLGEMEINE DISKUSSION (FORTSETZUNG)

ORGANISATIONSBEREICH 30 - UNTERRICHT UND AUSBILDUNG

DER PRÄSIDENT. - Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister. - Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre diesem Hause nun schon seit einigen Jahren an. Opposition und Mehrheit habe ich kennen gelernt: Das eine etwas länger, und das andere wird noch lange werden. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich das, was ich heute gehört habe, noch nie erlebt habe, vor allem nicht, wenn es um Haushaltsdebatten zum Unterrichtswesen geht. Selbst diejenigen, die nicht Mitglied dieses Hauses sind, werden festgestellt haben und mir Recht geben: Niemand, kein einziger, weder in der Mehrheit noch in der Opposition, hat am Unterrichtshaushalt auch nur eine einzige Kritik vorgetragen. Weder ist das

Volumen des Unterrichtshaushaltes kritisiert worden noch dessen Schwerpunktsetzung. Das ist natürlich eine sehr erstaunliche Entwicklung, vor allem wenn ich mir die Haushaltsdebatte des letzten Jahres anschau. Sie werden aber sicher verstehen, dass ich mich über diese Entwicklung äußerst freue.

Keine Kritik am Unterrichtshaushalt, wohl aber Bemerkungen über die verschiedenen Maßnahmen, die wir bereits im September 2005 an diesem Rednerpult miteinander diskutiert haben, als wir den Maßnahmenkatalog der Regierung und die Schwerpunkte der Regierungserklärung festgehalten haben. Ich möchte jetzt gerne etwas näher auf die einzelnen Bemerkungen eingehen. Doch vorab erlauben Sie mir, dass ich das nachhole, was bisher niemand getan hat, nämlich einige Zahlen aufzeigen, die beweisen, dass wir in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr mehr Geld für Bildung ausgeben. Ich vermute sogar, dass das der Grund dafür war, dass niemand an diesen Zahlen Kritik geübt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Kritik habe ich vielleicht übersehen, die bereits letzten Montag in diesem Hause vorgetragen worden ist. Kollege Franzen meinte, dass die Gehaltskosten im Unterrichtswesen immer unterschätzt worden seien, dass die Kosten letztendlich immer höher gewesen seien als die im Haushalt vorgesehenen Mittel. Leider muss ich auch diese Kritik sehr deutlich zurückweisen. Alle werden festgestellt haben, dass die Haushaltsplanung in den letzten Jahren nicht nur sehr viel transparenter, sondern auch sehr viel zuverlässiger geworden ist, als das vielleicht noch zu der Zeit der Fall war, als Herr Franzen noch Fraktionsführer der CSP in der Mehrheit war, denn die Rechnungslegung 2004 hat ja ganz ausdrücklich und sogar wortwörtlich bewiesen, dass der Rechnungshof keine Überschreitungen festgestellt hat, auch nicht im Unterrichtswesen. Also sind wir im Jahre 2004 mit den eingetragenen Summen, mit unseren Mitteln ausgekommen.

Im Jahre 2005 haben wir die Kosten ebenfalls nicht unterschätzt. Ganz im Gegenteil, Sie werden feststellen, dass wir sie sogar leicht überschätzt haben, sonst hätten wir diesen Posten nicht noch um geringe Summen kürzen können. Ich weiß also nicht, wie Kollege Franzen zu seiner Einschätzung kam. Ich gebe aber gerne zu, dass nichts perfekt ist und selbstverständlich auch in diesem Bereich noch einiges verbessert werden kann. Beispielsweise bei den Schülerzahlprognosen oder auch bei der Ausarbeitung von elektronischen Datenbanken.

Ich möchte Kollege Niessen ausdrücklich zustimmen, wenn er die ungesunde Abhängigkeit von der Französischen Gemeinschaft bei bestimmten Berechnungen und bei der Auszahlung von Gehältern im Unterrichtswesen kritisiert. Diese Abhängigkeit von der Französischen Gemeinschaft, genauer gesagt vom dortigen Dienst ETNIC, könnte in der Tat mit einer ganzen Reihe von Gefahren verbunden sein. Es ist natürlich nicht günstig, wenn wir deren Zahlen immer abwarten müssen und wir uns zu 100% darauf verlassen müssen, um unsere Gehaltsmasse zu berechnen.

Es kann niemand ausschließen und schon gar nicht verhindern, dass es in diesem Bereich in der Französischen Gemeinschaft irgendwann einmal zu Pannen kommen wird, auf die wir dann keinen Einfluss haben. Schon aus diesem Grunde glaube ich, hat Kollege Niessen Recht: Wir sollten ein eigenes System der Gehaltsberechnung und der Gehaltsauszahlung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft entwickeln, und das auch vor dem Hintergrund, den er ausdrücklich genannt hatte, dass wir unsere Autonomie im Unterrichtswesen nutzen möchten, um eigene Dienstrechtswege zu beschreiten, um eigene maßgeschneiderte Statute für die Lehrpersonen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu entwickeln. Dabei dürfen wir natürlich nicht von Informatikprogrammen in der Französischen Gemeinschaft abhängig sein.

Wir brauchen eigene flexible und maßgeschneiderte Programme. Das ist allerdings keine einfache Aufgabe - wir haben das im Ausschuss diskutiert -, ganz im Gegenteil. Aber ich denke, wir müssen dennoch in diese Unabhängigkeit von der Französischen Gemeinschaft investieren. Deshalb freue ich mich, dass gerade diese Regierung dafür erste wichtige Voraussetzungen geschaffen hat, die im Maßnahmenkatalog nachzulesen sind und die konkret im nächsten Jahr auch progressiv umgesetzt werden können.

Ich sagte es eingangs: Der Unterrichtshaushalt 2005 ist deutlich erhöht worden. Der Unterrichtshaushalt 2006 ist ein weiteres Mal erhöht worden. Wir haben im Jahre 2005 2,8 Millionen EUR mehr in die Bildung unserer Kinder investiert als im Jahre 2004. Im Jahre 2006 werden weitere 2,2 Millionen EUR rekurrent hinzukommen. Das sind innerhalb von zwei Jahren in einem einzigen Doppelhaushalt strukturelle Erhöhungen unseres Bildungshaushaltes um 5 Millionen EUR rekurrent. Das ist in der Tat eine bedeutende Anstrengung für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Das ist im Verhältnis zum Gesamthaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft schon arithmetisch eine große Summe. Ich möchte das nur noch mal in Erinnerung rufen: Eine Erhöhung um 5 Millionen EUR ist mehr, als wir für die Programme „Medien“, „Bibliothekswesen“, „Sport“, „Kultur“, „Tourismus“, „Verbesserung der Lebensqualität“ und „Freizeitgestaltung“ insgesamt im laufenden Haushalt zur Verfügung stellen. 5 Millionen EUR sind auch so viel, wie wir insgesamt im laufenden Haushalt für die Kosten der Regierung, der Außenbeziehungen, des Sports, der Kultur und der Freizeitgestaltung zusammen ausgeben. Das bedeutet also - ich vermute, deshalb wurde keine Kritik geübt -, dass der Unterrichtshaushalt in diesen beiden Jahren 2005 und 2006 um mehr Geld erhöht wurde, als sich insgesamt in all diesen anderen Bereichen überhaupt befindet.

Diese Größenordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten vor allem jene bedenken, die wie beispielsweise Kollege Dr. J. Meyer glauben, man könne sehr viel mehr Lehrer einstellen, indem man die Regierung abschafft, oder man könne Gehaltserhöhungen finanzieren, indem man auf die Außenbeziehungen verzichtet oder einzelne Subsidien in anderen Bereichen wie dem Sport, den Medien oder der Kultur kürzt. Das ist ganz einfach nicht so.

5 Millionen EUR sind nicht nur arithmetisch sehr viel Geld, sondern das ist auch inhaltlich von Bedeutung. Ich möchte Ihnen kurz auflisten, was wir mit diesen zusätzlichen rekurrenten Ausgaben machen. Wir finanzieren auch in diesem Jahr wieder weitere Gehaltserhöhungen für das Lehrpersonal, zusätzlich zum Index. Wir werden außerdem mehr Lehrer zur Verfügung stellen, und das auf allen Schulebenen. Sowohl im Grundschulwesen als auch im Sekundarschulwesen, im Sonderschulwesen und im Hochschulwesen werden in diesen beiden Jahren mehr Lehrpersonen zur Verfügung stehen, als das im Jahre 2004 noch der Fall gewesen ist. Wir werden außerdem die Mittel für die Schülerbeförderung im Vergleich zu 2004 um 19% erhöhen, um unseren Kindern mehr Sitzplätze zur Verfügung zu stellen und um die Fahrzeiten gerade für Sonderschüler zu verkürzen.

Die Funktionsmittel - Kollege Niessen hat sie angesprochen - werden in diesen beiden Jahren ebenfalls jedes Jahr erhöht. Allein im Vergleich zum abgeänderten Haushalt 2005 erhöhen wir im Jahre 2006 diese Mittel um fast 3%. Kollege Palm hat zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Mittel im Jahre 2001 wegen der damals gestiegenen Heizölpreise pauschal um 5% erhöht worden sind, und diese Erhöhung ist nie zurückgenommen worden. Ganz im Gegenteil, sie ist rekurrent sogar per Dekret verankert und danach jährlich indiziert worden. Diese Mittel erlauben uns heute, auf Situationen anders zu reagieren als beispielsweise unsere Freunde in der Französischen und in der Flämischen Gemeinschaft.

Lehrpersonen haben es gesagt, der Schulträger des freien Unterrichtswesens und verschiedene Schulleiter haben es ebenfalls im *Grenz-Echo* festgestellt: Diese Tatsache, dass wir die Funktionsmittel im Jahre 2005 um 5% erhöht und nie zurückgenommen haben, sondern weiter erhöht haben, hat in gewisser Weise das vorweggenommen, was nun in anderen Gemeinschaften unseres Landes erforderlich ist. Dennoch stimmt es - seit gestern zumindest -, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft vom Föderalstaat eine Summe in der Größenordnung von ca. 83.000 EUR als einmaligen Zuschuss für diesen Bereich erhalten wird. Man muss allerdings hinzufügen, dass nicht nur die Schulen Grundlage dieser Berechnung waren, sondern auch viele andere Einrichtungen aus anderen Zuständigkeitsbereichen.

Die Frage, die sich nun für uns stellt, ist: Was machen wir mit diesem einmaligen Zuschuss? Ich erkenne da zwei Möglichkeiten: Entweder wir verteilen diese 82.600 EUR auf alle Einrichtungen, d.h. auf die Schulen und alle anderen, oder eben nur auf die einen und nicht auf die anderen. Der

entscheidende Nachteil dabei ist: Wenn wir 82.600 EUR auf alle Einrichtungen verteilen, dann bleibt für den Einzelnen naturgemäß nicht sehr viel übrig.

Eine zweite Möglichkeit wäre, diese Summe auf der Grundlage von seriösen Energie-Audits in energiesparende Maßnahmen zu investieren, wie sie Kollege Niessen eben noch gefordert hat. Wir verfolgen ja ohnehin die Strategie der Nachhaltigkeit und wollen ein Investitionspaket schnüren, um die Abhängigkeit von Preisentwicklungen zu verringern, indem wir mit gezielten Infrastrukturmaßnahmen dazu beitragen, den Energieverbrauch als solchen zu senken. Der einmalige, in Wirklichkeit relativ bescheidene Zuschuss des Föderalstaates könnte diesem Investitionsprogramm zur Verfügung gestellt werden. Diese beiden Möglichkeiten haben wir nun. Für beides gibt es Argumente und Gegenargumente. Die Regierung hat bisher noch keine Entscheidung getroffen. Das wäre auch schwierig gewesen, da der Bescheid erst vorgestern eingetroffen ist. Wir bieten dem Parlament an, ganz offen darüber zu diskutieren und sich selbst zu diesem Thema eine Meinung zu bilden.

Wir haben mehr Lehrer zur Verfügung gestellt. Wir haben auch die Lehrergehälter erhöht. Wir haben die Mittel für die Schülerbeförderung ganz entscheidend erhöht. Wir haben die Funktionsmittel erhöht, und wir haben auch die Mittel für pädagogische Zwecke erhöht. Das sind die Mittel, mit denen ja u.a. auch Schulbücher angekauft werden können. Diese Mittel haben wir im Jahre 2006 im Vergleich zum abgeänderten Haushalt 2005 um immerhin 9,5% erhöht.

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang natürlich die von Kollege Niessen thematisierte Erhöhung einer Zuweisung, über die sowohl die Weiterbildungen für Lehrpersonal als auch andere allgemeine Initiativen finanziert werden. In der Tat streben wir eine strukturiertere Zusammenarbeit mit unseren Partnern, den PISA-Siegern aus der Flämischen Gemeinschaft, an. Vor diesem Hintergrund wurde diese Zuweisung sogar um sage und schreibe 41% im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2005 erhöht.

Ich werde genau wie Kollege Palm nicht auf die Investitionen im Bereich der Schulmediotheken eingehen. Wir wissen, dass wir damit bedeutende Anstrengungen zur Förderung der Lesekompetenz in unseren Schulen leisten. Ich werde auch nicht detailliert auf die massiven Mitteleinsätze für Schulinfrastrukturen eingehen. Nur eine Zahl möchte ich nennen: In den Jahren 2004, 2005 und 2006 - haben wir 14 Millionen EUR in unsere Schulinfrastruktur investiert, und allein in den Jahren 2005 und 2006 werden wir im Schulbaubereich immerhin 64 Projekte finanzieren, und dies wie Sie wissen, zu 80% und in unserem eigenen Netz sogar zu 100%.

Die Ausgabeermächtigungen, die Kollege Palm auch angesprochen hat, sind für mich - das muss ich Ihnen ehrlich gestehen - von geringerer Bedeutung, denn ich gedenke nicht, den gleichen Fehler zu machen, den die CSP schon oft und vor allem im letzten Jahr gemacht hat. Ich erinnere mich noch an die Aussagen von Kollege Chaineux, der einen Großteil seiner Redezeit damit verbracht hatte, uns vorzuhalten, dass wir die Ausgabeermächtigungen im letzten Haushalt um 700.000 EUR gekürzt hatten. Da hat er viel Böses hineininterpretiert und Vermutungen darüber angestellt, was die Regierung in diesem Bereich wohl vorhabe. Wir haben damals festgehalten, dass die Ausgabeermächtigungen nur von sehr begrenzter politischer Aussagekraft sind. Er wollte das nicht unmittelbar einsehen. Ich habe aber jetzt von Frau Creutz keine ähnliche Kritik mehr gehört. Somit nehme ich an, dass man diese Logik verstanden hat. Es kann aber auch sein, dass man deshalb nicht mehr darauf zurückgekommen ist, weil diese Mittel tatsächlich auf insgesamt 5 Millionen EUR verdoppelt wurden.

Eine Schlussfolgerung können wir aber mit Sicherheit aus diesen Zahlen ziehen, nämlich diejenige, dass wir in den letzten Jahren massiv in Schulinfrastrukturen investiert haben, denn sonst müssten wir ja jetzt nicht die Hälfte aller Ausgabeermächtigungen der Gemeinschaft den Schulinfrastrukturen zur Verfügung stellen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Unterrichtshaushalt wurde rekurrent um 5 Millionen EUR erhöht. Für den Infrastrukturbereich haben wir in den letzten drei Jahren 14 Millionen EUR zur Verfügung gestellt. Wir finanzieren mit diesem Geld den ersten Teil unseres ehrgeizigen Maßnahmenkatalogs, unseres Arbeitsprogramms mit seinen 36 Maßnahmen und 110 Projekten, die wir kürzlich hier diskutiert haben. Diese Maßnahmen sind Bestandteil unseres Gesamtkonzeptes zum Erhalt und zur Steigerung der Unterrichtsqualität, ein Gesamtkonzept auch zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, ein Konzept für mehr soziale Chancengerechtigkeit und ein qualitativ anspruchsvolles Unterrichtswesen. Unter diesem Motto habe ich diese Maßnahmen vor einigen Monaten in diesem Hause vorgestellt.

Wir arbeiten jeden Tag sehr hart an der Umsetzung dieses Konzeptes. Jeden Tag wird oftmals in kleinen, aber immer arbeitsintensiven Schritten ein Teil dieses Konzeptes verwirklicht. Es stimmt, was alle Kollegen hier gesagt haben: Wenn man 36 Maßnahmen definiert, dann muss man sich zeitliche Prioritäten setzen. Es ist unmöglich, 36 Maßnahmen und 110 Projekte an einem Tag zu verwirklichen.

Ich muss aber ausdrücklich den Kollegen Niessen noch einmal darauf hinweisen, dass diese 36 Maßnahmen allesamt primär für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Unterrichtswesen sind. Wir hätten Hunderte Maßnahmen in den Katalog eintragen können. Wir haben 36 ausgewählt, die allesamt in dieser Legislaturperiode unsere Priorität sind, und alle diese 36 Maßnahmen werden von uns bearbeitet.

Bei den zeitlichen Prioritäten für das nächste und übernächste Jahr hat es im Plenum eigentlich auch keinen Streit gegeben. Wir werden bei der Diskussion über die Ecolo-Resolution, von der Kollege Niessen eben noch einmal gesprochen hat, feststellen, dass es inhaltlich überhaupt keinen Dissens in dieser Frage gibt. Vorrangig sind für uns alle - so denke ich doch - die Dienstrechtsreform, der Übergang von der Primar- zur Sekundarschule, die Einführung eines Qualitätssicherungssystems, das auch von Frau Creutz eben erwähnt wurde, die Förderung der Mehrsprachigkeit - das wird ja wohl in diesem Hause niemand in Zweifel ziehen - und natürlich auch die Verbesserung der Erst- und Weiterbildung, die vor allem von Kollege Strougmayer thematisiert wurde. Ich möchte nicht im Detail auf alle diese Punkte eingehen. Das meiste wurde übrigens im September 2005 bereits festgehalten. Aber inhaltlich zeichnet sich immer mehr Konsens in der Prioritätenlegung im Unterrichtswesen ab.

Frau Creutz hat den Übergang von der Primar- zur Sekundarschule als besonders wichtig empfunden. Ich möchte ihr ausdrücklich zustimmen. Ich denke, eine der fundamentalsten Aufgaben im Bildungsbereich wird es sein, den jungen Menschen eine möglichst lange gemeinsame allgemeine Ausbildung d.h. bis zum 14., 15. Lebensjahr anzubieten, in der sichergestellt ist, dass möglichst wenige herausselektiert werden, und in der darauf geachtet wird, dass sich bis zu diesem Alter möglichst wenig Schüler spezialisieren müssen. Vor diesem Hintergrund ist es ganz besonders wichtig, diesen Übergang sehr viel harmonischer zu gestalten.

Es gibt zwei Arbeitsebenen, eigentlich drei, die dazu beitragen können, diesen Übergang zu verbessern. Eine hat Kollege Palm angesprochen: eine strukturierte Form des Dialogs zwischen Primar- und Sekundarschullehrern in Form einer Open-Space-Konferenz und den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen. Eine zweite Ebene könnten netzübergreifende Schultests in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sein. Eine dritte Ebene hat Frau Creutz angesprochen, nämlich die Definition von gemeinsamen Schlüsselkompetenzen für die Primarschule und die erste Stufe des Sekundarunterrichts. An all diesen Projekten wird gearbeitet.

Das Dienstrecht, von dem Kollege Niessen gesprochen hat, wird in der Tat nicht dazu beitragen, Geld einzusparen. Das ist nicht der Sinn einer Dienstrechtsreform. Dafür gibt es andere Möglichkeiten. Die Dienstrechtsreform verfolgt mehrere Ziele: Erstens muss dafür gesorgt werden, dass unsere Lehrpersonen ein möglichst flexibles Statut bekommen; zweitens muss dafür gesorgt werden, dass die verschiedenen Dienstrechte, die wir ja immer noch kennen, möglichst harmonisch gestaltet werden; drittens muss dafür gesorgt werden, dass es in diesem ganzen Zusammenhang zu keinen

Ungerechtigkeiten kommt. Ich möchte heute noch nicht mehr dazu sagen, denn wir werden in wenigen Monaten in diesem Hause die Möglichkeit haben, Kollege Niessen, darüber sehr intensiv und sehr detailliert zu diskutieren. Ich darf Ihnen nämlich verraten - die meisten wissen es, einige aber vielleicht noch nicht -, dass der erste Schritt zu dieser Dienstrechtsreform im Sammeldekret 2006 enthalten ist. Darauf werden wir in diesem Hause sicherlich noch eingehend zurückkommen, nachdem wir uns mit den Gewerkschaften, den Sozialpartnern konstruktiv konzertiert haben.

Kritik wurde allerdings am Thema der Mehrsprachigkeit geübt. Diese Kritik der CSP hat mich wiederum erstaunt, denn als wir uns vor einigen Monaten hier getroffen haben, um über den Maßnahmenkatalog der Regierung zu debattierten, hat Frau Thiemann die Projekte der Regierung im Maßnahmenkatalog ausdrücklich für gut befunden. Heute fiel Ihre Kritik, Frau Kollegin Creutz, ziemlich oberflächlich aus, als Sie von den Studenten sprach, die wohl auch mit dem Willen des Unterrichtsministers nach Aachen auswandern. Sie wissen selbst, dass solche Polemik von niemandem in diesem Hause und ich glaube auch von niemandem in unserer Gemeinschaft mehr ernst genommen wird. Ich möchte Ihnen einmal verdeutlichen, was wir schon allein seit 2004 für die Mehrsprachigkeit getan haben. Ich tue das ganz kurz nur, denn auch Kollege Servaty hatte in der letzten Plenarsitzung danach gefragt.

Wir haben 16 Weiterbildungsveranstaltungen organisiert. Wir haben einen Studientag über moderne Formen der Fremdsprachentechnik mit 13 Workshops und - das ist vor allem interessant - mit 380 Teilnehmern organisiert. Wir haben eine Schulbuchausstellung organisiert, an der 800 bis 1.000 Besucher teilgenommen haben. Immersionsprojekte wurden durchgeführt. Wir haben Projekte im Rahmen des Europäischen Sprachensiegels durchgeführt. Wir haben in der Expertengruppe „Euregionale Sprachen“ der Euregio Maas-Rhein, in der ja gerade über die Umsetzung einer euregionalen Sprachenstrategie gesprochen wird, aktiv mitgearbeitet. Wir haben Umfragen über die Sprachen- und über die Austauschprojekte durchgeführt, die es in unserer Gemeinschaft und in der gesamten Euregio Maas-Rhein gibt. Wir haben daraus Schlussfolgerungen gezogen und diese Schlussfolgerungen in Form einer Konferenz mit Lehrern, Schulleitern und Eltern besprochen.

Wir haben gemeinsam mit der Französischen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft eine Arbeitsgruppe gegründet, in der sehr intensiv darüber ausgetauscht wird, wie man beispielsweise native speaker in den einzelnen Systemen der unterschiedlichen Gemeinschaften einsetzen kann. Ich darf als eines der Resultate dieser Diskussion mitteilen, dass das Sammeldekret 2006 einen wichtigen Schritt in diese Richtung macht, indem es nämlich wichtige rechtliche Voraussetzungen schafft, um überhaupt mit native speaker arbeiten zu können.

Das Hochschuldekret haben wir ja nun sowohl im Ausschuss als auch hier im Plenum ausreichend thematisiert. Darauf brauche ich nicht mehr einzugehen. Ich habe Ihnen mein Konzept auch der Mehrsprachigkeit in der Hochschule erklärt. Wir setzen weniger auf Theorie und mehr auf Praxis. Unter diesem Motto könnte man das, was wir tun, zusammenfassen. Deswegen arbeiten wir sehr intensiv mit Partnern im In- und Ausland zusammen.

Alle Redner haben das Thema der Integration angesprochen. Es ist ein wichtiges Thema, und deswegen gehört natürlich auch das Sonderschuldekret zu unseren zeitlichen Prioritäten der nächsten Jahre. Dass es viele Kinder mit Schwierigkeiten gibt und dass dieses Problem zunimmt, Kollege Schröder, das stimmt. Dessen sind wir uns bewusst. Diese Querschnittsaufgabe gehört zu den Maßnahmen, von denen wir eben gesprochen haben, und richtet ihre besondere Aufmerksamkeit entweder auf die Menschen vor dem Hintergrund der Migration oder mit besonderen Lernschwierigkeiten. Wir konzentrieren unsere Maßnahmen vorrangig vor allem auf die besonders Förderbedürftigen.

All diese Maßnahmen werden umgesetzt. Nun meinte Kollege Niessen erkannt zu haben, dass der Dialog mit den Schulen dabei zu kurz gekommen sei, dass wir zu technokratisch vorgehen. Alle - einige grinsen schon -, die im Schulwesen tätig sind, die diesem Hause angehören oder mich

außerhalb dieses Hauses, z.B. in den Schulen, kennen gelernt haben, werden drei Dinge bestätigen können: Erstens, es hat sehr viele Schulbesuche gegeben; zweitens, es hat noch viel mehr Gruppen- und Einzelgespräche mit Lehrerkollegen und mit Lehrpersonen gegeben; drittens - das glaube ich, in aller Bescheidenheit sagen zu dürfen -, niemand hat diese Gespräche als technokratisch empfunden. Ganz im Gegenteil, die Rückmeldungen deuten in eine ganz andere Richtung.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Mehrere Redner haben den Nachholbedarf im Infrastrukturbereich der Schulen verdeutlicht, trotz dieser 14 Millionen EUR für Infrastrukturmaßnahmen, von denen ich eben gesprochen habe. Das gilt ganz besonders - da möchte ich Kollege Schröder zustimmen - für das Gemeinschaftsunterrichtswesen. Ich habe das bei mehreren Gelegenheiten thematisiert, und ich kann Ihnen sagen, dass wir mittlerweile bestimmte Nachholbedarfsanalysen erstellt haben. Der Infrastrukturdienst wurde damit beauftragt, eine präzise Bestands- und Bedarfsanalyse vorzunehmen, die dann Grundlage für zu beschließende Maßnahmen in diesem Zusammenhang sein kann. Ich darf Ihnen versprechen, dass ich mich nachdrücklich auch persönlich dafür einsetzen werde, dass wir diesen Nachholbedarf gerade im Gemeinschaftsunterrichtswesen mittelfristig abbauen und damit auch den Infrastrukturen im Gemeinschaftsunterrichtswesen die Priorität einräumen, die sie brauchen, die sie nicht immer hatten, die sie aber auf jeden Fall verdienen.

Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn wir wissen in der Tat alle, dass Menschen und Steine sich nicht gegenseitig ausschließen. Davon hat die CSP heute auch nicht mehr gesprochen, und das freut mich. Denn ganz im Gegensatz zu dem, was eine bestimmte Gewerkschaft regelmäßig behauptet, brauchen Menschen, Lehrer und Kinder angepasste Gebäude, um den hohen Ansprüchen gerecht zu werden, die wir alle immer wieder auch in diesem Hause an sie richten.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass all das, was wir uns im Maßnahmenkatalog vorgenommen haben, sehr anspruchsvoll ist. Ich glaube aber offen gestanden auch, dass all das nicht ausreichen wird, wenn wir den wirklich langfristigen Herausforderungen im Bildungsbereich gerecht werden wollen. Deswegen haben wir schon mehrfach angekündigt, dass wir zusätzlich zum Maßnahmenkatalog ein strategisches Programm mit konkretem Aktionsplan brauchen. Ich hätte ganze Papierrollen von Wunschlisten für ein solches Programm anzubieten. Wir werden im nächsten Jahr ein zusammenfassendes Papier vorlegen, aber eines müsste allen ganz klar sein: Wir werden natürlich nicht alle diese Wünsche - einige schon, aber nicht alle - ohne Geld verwirklichen können. Da stellt sich für uns natürlich die Frage, woher wir denn zusätzliches Geld nehmen sollen. Sicher nicht - das dürfte jedem klar sein -, indem wir ganz einfach aus den Bereichen Kultur, Medien und Sport die Mittel abschöpfen und ins Unterrichtswesen verlagern. Erstens ist das nicht sinnvoll, und zweitens ist ja - wie ich eben hoffentlich verständlich dargelegt habe - nicht ausreichend Geld in diesen Töpfen vorhanden.

Noch weniger können wir mit dem Abänderungsvorschlag der CSP anfangen, ich würde sogar sagen: insgesamt mit den Abänderungsvorschlägen der CSP. Ich habe Ihnen ja im letzten Jahr verdeutlicht, in welches finanzielle Fiasko uns Ihre Abänderungsvorschläge gestürzt hätten. Den diesjährigen Abänderungsvorschlag verstehe ich deshalb wirklich nur als reine Stimmungsmache, vielleicht auch als wohlgemeinten Beitrag zur Erheiterung, obwohl ich Ihnen diese positive Grundeinstellung nicht unbedingt zutraue. Jedenfalls - das werden Sie einsehen - trägt Ihr Abänderungsvorschlag auf keinen Fall dazu bei, irgendetwas in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verbessern. Dieser Vorschlag der CSP ist nicht ernst zu nehmen. Ich habe Ihnen im letzten Jahr erklärt, warum ... *(Zwischenruf von Frau Thiemann)* ... Ich halte ihn für populistisch und unseriös. ... *(Zwischenruf von Frau Thiemann)* ... Sie haben selbst einen Zusammenhang zum Unterrichtswesen hergestellt, und eben ist er mehrfach angesprochen worden. Deswegen darf ich ja auch einige Worte dazu sagen.

Außerdem - deswegen erwähne ich dieses Thema überhaupt - hinkt der Vergleich, den Sie machen, denn wie Sie ja wissen, ist die Schülerzahlentwicklung eine der wichtigsten Grundlagen für die Entwicklung der Personalkosten im Unterrichtswesen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie wirklich glauben, dass wir die Steigerungsrate in allen anderen Bereichen, z.B. im BRF, im Gesundheitswesen oder auch

bei der Regierung, an die Entwicklung der Schülerzahlen anpassen können. Wir können ganz eindeutig nicht einfach die Prozentzahlen von einem Bereich auf den anderen übertragen, denn wenn man es ganz sarkastisch sieht - deswegen ist der Vergleich so absurd -, könnte man sogar irgendwann auf die Idee kommen, uns vorzuschlagen, wir sollten die Gehaltskosten im Unterrichtswesen den Hörerzahlen des BRF anpassen. Das ist noch ein bisschen absurder, aber nicht sehr viel absurder als das, was Sie vorgeschlagen haben.

In Wirklichkeit haben wir nur zwei Möglichkeiten, zusätzliches Geld für Stundenkapitalregelungen oder auch und vor allem für unseren strategischen Aktionsplan zu suchen. Wir können im Bildungshaushalt umschichten. Das haben wir mit dem Sammeldekret 2005 begonnen. Und wir können natürlich auch konsequent alle Zuweisungen im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf ihren eigentlichen Mehrwert durchforsten. Dadurch können wir zusätzliche Handlungsspielräume schaffen. Aber ich betone noch einmal: Es sind zusätzliche Handlungsspielräume, denn vor dem finanziellen Ruin - das habe ich in den letzten Jahren an diesem Rednerpult aus der Opposition heraus oft gesagt - steht die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht.

Im Gegensatz zu dem, was Kollege Franzen Montag glaubhaft machen wollte, enthält die Simulation der langfristigen Finanzplanung sehr wohl Handlungsspielräume, wenn auch bescheidene. Kollege Franzen hatte fälschlicherweise behauptet, die Simulation sehe ab 2006 für das Unterrichtswesen lediglich eine Steigerungsrate von 1,7% vor. Sie erinnern sich, Kollege Franzen?

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Ich erinnere mich, dass ich das für den Organisationsbereich 30 gesagt habe!

HERR PAASCH, Minister.- Ich spreche ja auch vom Organisationsbereich 30. Meinten Sie denn den Mittelstand noch inklusive?

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Ich kann Ihnen das in der Simulation zeigen!

HERR PAASCH, Minister.- Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ging es für Sie um den Organisationsbereich 30, den Unterrichtshaushalt, der in Ihren Augen eine Steigerungsrate von 1,7% vorsah. Sie wissen, dass dies nicht stimmt. Weder für den Unterrichtshaushalt noch für den gesamten Organisationsbereich 30 stimmt diese Prozentzahl. Weder im Jahre 2006 noch im Jahre 2007 entwickeln sich die Gehaltskosten im Unterrichtswesen in dieser Simulation der langfristigen Finanzplanung nur um 1,7%. Ab 2009 ist Ihre Behauptung erst recht falsch, denn Sie haben offensichtlich vergessen nachzurechnen, wie die Steigerungsrate in diesem Bereich ab dem Jahre 2009 tatsächlich aussehen. Da stehen nicht 1,7%, da stehen auch nicht 2%. Wenn Sie einmal nachrechnen, dann steht da sehr viel mehr. Dadurch sind noch keine politischen Beschlüsse gefasst und es ist auch keinen politischen Beschlüssen vorgegriffen worden. Aber eines können Sie - wenn Sie den Taschenrechner bemühen - ganz sicher nicht mehr behaupten, nämlich dass wir zukünftigen Generationen irgendwelche Handlungsspielräume wegnehmen, indem wir irgendwelche Lasten auf zukünftige Generationen verteilen und damit spätere Politikgestaltung unmöglich machen. Das werden Sie nicht länger behaupten können, wenn Sie es wirklich anhand der Simulation einmal nachgerechnet haben!

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Erlauben Sie eine objektive Klarstellung? Hier steht in der Simulation: „Organisationsbereich 30 - Unterricht, Ausbildung und Arbeitsbeschaffung“. Diesbezüglich habe ich diesen Vergleich angestellt!

HERR PAASCH, Minister.- Ja, und genau da habe ich Sie darauf hingewiesen, dass Sie für das Jahre 2006 Unrecht haben, dass Sie nicht ins Detail Ihrer Analysen gegangen sind. Zwei Seiten weiter werden Sie bei den Gehaltskosten sehen, dass dort eine Steigerung von 2% vorgesehen ist. Dann haben Sie noch etwas vergessen - ich wollte das aufgrund der begrenzten Redezeit eigentlich nicht erwähnen -: Sie haben nämlich auch noch unterschlagen - wenn auch nicht böswillig -, dass

verschiedene Sonderbeauftragte in einer Größenordnung von 430.000 EUR aus dem Organisationsbereich 30 in andere Organisationsbereiche verlagert worden sind. Jetzt kann man sagen, 430.000 EUR seien nicht viel, aber diese 430.000 EUR sind immerhin noch doppelt so viel wie das, was Sie mit Ihrem Abänderungsvorschlag einsparen.

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Herr Minister, erlauben Sie bitte eine Bemerkung?

HERR PAASCH, Minister.- Gerne!

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Tun Sie bitte nicht so, als hätte ich etwas gesagt, was ich überhaupt nicht gesagt habe!

HERR PAASCH, Minister.- Wenn Sie das zurückziehen!

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Ich brauche nichts zurückzuziehen, was ich nicht gesagt habe. Sie legen mir da einfach etwas in den Mund. ... *(Applaus bei der CSP)* ... Das, was ich gesagt habe, ist im Ausführlichen Bericht der Plenarsitzung vom letzten Montag nachzulesen!

HERR PAASCH, Minister.- Kollege Franzen, wenn Sie die Zahl von 1,7% nicht genannt haben, wenn Sie diese Zahl von 1,7% nicht auf den Unterrichtshaushalt bezogen haben, wenn Sie das wirklich nicht getan haben, dann entschuldige ich mich in aller Form bei Ihnen und freue mich trotzdem darüber, dass diese Behauptung nicht stimmt. Aber, Kollege Franzen, ich möchte Sie doch bitten, in Ihrer Rede nachzuschauen, ob Sie das nicht doch gesagt haben!

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Ich bitte Sie, in der Simulation der Regierung nachzuschauen, wie sich dort die Zahlen entwickeln. Wie gesagt, auf Seite 19 geht es um „Organisationsbereich 30 - Unterricht, Ausbildung und Arbeitsbeschaffung“.

HERR PAASCH, Minister.- Kollege Franzen, Sie können mir glauben, dass ich die Zahlen der Simulation kenne und dass meine Prozentzahlen richtig sind. Sie können sie aber auch selbst nachrechnen!

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Die habe ich vorher nachgerechnet!

HERR PAASCH, Minister.- Gerade sagten Sie, Sie hätten die Zahl nicht gebraucht, und jetzt sagen Sie, die Zahl stimme trotzdem. Haben Sie sie nun genannt oder nicht?

HERR FRANZEN *(aus dem Saal)*.- Die Zahl 430.000 EUR, die ich jetzt gar nicht nachvollziehen kann und die ich angeblich genannt habe, habe ich nicht angesprochen!

HERR PAASCH, Minister.- Wenn Sie noch länger reden, dann wissen Sie selbst nicht mehr, was Sie am Anfang Ihres Satzes gesagt haben! ... Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stellen in diesem Hause also fest, dass es nicht eine einzige Kritik am Unterrichtshaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegeben hat. Oder möchte das noch jemand bestreiten und sagen, er hätte etwas gesagt, was er nicht gesagt hatte?

Wie reagiert die CSP darauf? Ich stelle fest: Konsens in Bezug auf die Größenordnung des Unterrichtshaushaltes der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Konsens in Bezug auf die Schwerpunktsetzung innerhalb des Haushaltes der Deutschsprachigen Gemeinschaft und keine ernst zu nehmende Kritik an den zeitlichen und inhaltlichen Prioritäten, die wir in der Unterrichtspolitik im Maßnahmenkatalog festgehalten haben.

Eine einzige Kritik ist zur Mehrsprachigkeit formuliert worden. Ich habe Ihnen aufgelistet, was wir alles in diesem Bereich getan haben, und ich denke nicht, dass Sie diese Kritik sehr lange aufrecht

erhalten können. Deswegen freue ich mich über die sehr konstruktiv geführte Debatte des heutigen Abends und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)

DER PRÄSIDENT.- Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Regierung? Dem ist nicht so. Wir kommen zu den Repliken der Parlamentsmitglieder. Frau Thiemann hat das Wort.

FRAU THIEMANN (*aus dem Saal*).- Es erstaunt mich immer wieder im Parlament, dass wir über bestimmte Dinge reden, die mir als geregelt erscheinen. Zum Beispiel spricht Herr Minister Paasch von 82.000 EUR, die für Heizkosten im Unterrichtswesen vom Föderalstaat gezahlt werden, und schlägt vor zu überlegen, ob mit diesem Geld eine Studie über Umweltmaßnahmen oder Heizkostensparmaßnahmen finanziert werden könne. Ich stelle fest, dass die EBV-Studie, die mit 350.000 EUR zu Buche schlug und der wir zugestimmt haben, unsere Infrastrukturen, die Eigentum der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind oder von ihr bezuschusst wurden, untersucht hat. Ich frage mich immer, wieso eine solche Studie bestimmte Aspekte einfach nicht berücksichtigt hat. Meine Frage lautet: Hat man sich da eventuell die falsche Gesellschaft ausgesucht? Oder ist eventuell der Auftrag an die Gesellschaft nicht richtig formuliert gewesen? Hat diese Gesellschaft eventuell nicht alle Aufgaben erfüllt? Für diese Summe müsste doch eine grundlegende Bestandsaufnahme der Infrastruktur der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemacht worden sein. In eine solche Bestandsaufnahme gehört doch sicherlich die Situation der Gebäude auch im Hinblick auf die Energieeinsparung und die nachhaltige Entwicklung hinein.

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Ich habe den einmaligen Zuschuss in Höhe von 82.600 EUR deshalb thematisiert, weil ich dem Parlament etwas Positives mitteilen wollte. Ich habe zwei Alternativen aufgezeigt, die es in meinen Augen gibt: Entweder kurzfristig das Geld unter vielen Einrichtungen verteilen mit der Folge, dass wenig für den Einzelnen übrig bleibt, oder das Geld in eine nachhaltigere Strategie investieren. Nicht mehr und nicht weniger habe ich zu diesem Thema gesagt.

Was die EBV-Studie betrifft, die Sie angesprochen haben, bestätige ich Ihnen noch einmal, dass dies ein ganz entscheidend wichtiges Instrument für unsere Infrastrukturplanung ist. Es ist zwar richtig, dass darin nicht alle Energieeindämmungs- und nachhaltigen Kosteneinsparungsmaßnahmen enthalten sind. Wenn man sie damals schon alle angeführt hätte, wären die Kosten der Studie wahrscheinlich von Ihnen noch schärfer kritisiert worden, denn ich erinnere mich noch sehr gut daran, dass Sie die Kosten mehrfach kritisiert haben.